

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Oktober 2014

# hauptstadt magazin



„THE WYLD“

Weltpremiere im Berliner  
Friedrichstadtpalast



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

## Beihilfe-ABC Berlin

### Was Sie davon haben:

Das Beihilfesystem umfasst die gesamten Aufwendungen des Dienstherrn im Rahmen der Fürsorgepflicht für Krankheits-, Pflege- und Geburtsfälle sowie bei Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und Schutzimpfungen. Entsprechend groß ist die Zahl der Einzelatbestände, die im Beihilferecht geregelt sind. Für beihilfeberechtigte Beamte und Versorgungsempfänger ist deshalb die Ableitung ihrer Ansprüche aus den geltenden rechtlichen Bestimmungen, die in Bund und Ländern überdies differieren, sehr aufwändig und oft schwierig.

Der Ratgeber, der sich auf das Berliner Landesrecht beschränkt, verhilft anhand alphabetisch geordneter Stichworte sehr schnell zu einer korrekten beihilferechtlichen Bewertung einzelner Krankheits- und Vorsorgetatbestände und zu einem Einblick in das System selbst. Seitenverweise auf die dem jeweiligen Stichworttext zugrunde liegende Bestimmung der Landesbeihilfeverordnung (LBhVO) ermöglichen ein zielgenaues tieferes Eindringen in die Materie.

Dem Ratgeber liegt der Sachstand von Januar 2014 zugrunde.



**336 Seiten**  
**€ 9,90\***

ISBN: 978-3-87863-188-0

\* zuzügl. Porto und Verpackung



### BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

\_\_ Exemplar/e „Beihilfe-ABC Berlin“

Verlagsprogramm

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

dbb verlag gmbh

Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin

Telefon: 0 30 / 7 26 19 17-0

Telefax: 0 30 / 7 26 19 17-40

E-Mail: [Kontakt@dbbverlag.de](mailto:Kontakt@dbbverlag.de)

Internet: <http://www.dbbverlag.de>



Foto: Matthias Hennig

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

das Thema Personalentwicklung in der Berliner Landesverwaltung ist längst zum Dauerbrenner geworden und steht auch in der Oktoberausgabe des hauptstadt magazins an erster Stelle. Während in der Berliner SPD-Parteispitze offenbar die Einsicht wächst, „dass eine wachsende Stadt und ein schrumpfendes Personal nicht zusammenpassen“, hat der dbb berlin in Sachen Personalentwicklung den Dialog mit der Wirtschaft gesucht. Denn auch bei der IHK Berlin wächst die Besorgnis, dass mit dem wichtigen Standortfaktor effiziente und moderne Verwaltung in Berlin bald kein Staat mehr zu machen sein wird. Schon jetzt kennzeichnen Arbeitsverdichtung, Mehrarbeit infolge Stellenabbaus, hoher altersbedingter Personalabgang und Mehrbelastungen durch hohe Krankenzustände die personelle Situation, hat auch der Landesvorstand der gkl berlin bei seiner Klausurtagung in Erkner Alarm geschlagen.

Weiteres Schwerpunktthema in diesem Heft ist die Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung. Dazu berichten wir, wie das ITDZ mit den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft umgeht und wie der zuständige Innensenator die IT-Sicherheit in der Verwaltung einschätzt.

Auch unsere Mitgliedsgewerkschaften vermelden wieder, wo der Schuh drückt. Bei den Lehrern etwa „brennt die Hütte“:

Die Schulgebäude sind aufgrund der Sparpolitik nicht mehr instandgesetzt worden und in einem katastrophalen Zustand. Der BSBD Berlin ist „absolut enttäuscht und fassungslos“, dass die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz die politischen Signale der Zeit nicht erkennt und immer noch an Sparvorgaben festhält. Die DPoIG Berlin dagegen konnte die Missstimmung mit Bündnis 90/Die Grünen über deren „Bullenäußerung“ ausräumen. Die Grünen entschuldigten sich für die sprachliche Entgleisung und die DPoIG ist in einen konstruktiven Dialog mit der Landesvorsitzenden Bettina Jarasch eingetreten.

Schließlich setzen wir unsere Berichterstattung über spezielle Berliner Häuser und Einrichtungen mit einem besonderen Highlight fort, nämlich mit dem Friedrichstadt-Palast, der sich gerade anschickt, mit einer Weltpremiere der Show „THE WYLD“, auf die auch unser Titelbild hinweist, einen Bühnenrekord nach dem anderen zu brechen.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht  
Ihr

Frank Becker  
Landesvorsitzender dbb berlin

## dbb berlin und IHK Berlin im Dialog

# Gemeinsam an einem Strang ziehen

Es muss sich etwas tun bei der Personalentwicklung in der Berliner Verwaltung. Darüber waren sich der dbb berlin und die IHK Berlin bei einer Diskussionsrunde im Rahmen der Veranstaltungsreihe „dbb im Dialog“ am 11. September 2014 einig.



Foto: Rainer Christian

Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin

Vier Thesen zur Personalentwicklung stellte Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, zur Diskussion:

„Lieber jetzt handeln, als später behandelt werden“, sagte Eder. Für die Wirtschaft sei eine gute, effiziente und moderne Verwaltung ein wichtiger Standortfaktor. „Ist sie das nicht, dann muss Alarm gegeben werden.“ Aus diesem Grund habe die Kammer im letzten Jahr zwei Broschüren publiziert, um auch die Politik wachzurütteln. Nach Jahren des Personalabbaus müsse der öffentliche Dienst nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ behandelt werden. Die 100.000 Vollzeit-äquivalente seien nicht wirklich ableitbar. „Aus Dienstleistungserbringungssicht ist diese Vorgabe nicht nachvollziehbar, nur aus Haushaltssicht.“ Aber eine Zielmarke müsse erst am Ende einer Aufgabenkritik genannt werden, so werde es in jedem Unternehmen auch gehandhabt, so der Hauptgeschäftsführer, der damit den Teilnehmern aus der Seele sprach.

Voraussetzung dafür sei ein umfassendes Personalbedarfskonzept. Um den Bedarf festzustellen, gelte es genau zu hinterfragen, welche Aufgaben durch die öffentliche Hand, welche in Kooperation mit Privaten und welche allein durch private Unternehmen erbracht werden können. „Hier müssen wir klug überlegen, wer welche Leistungen erbringt“, fordert der IHK-Hauptgeschäftsführer, anders als der dbb berlin. Auf dieser Basis müsse in einem nächsten Schritt betrachtet werden, wie die Aufgaben erfüllt werden, auch mit Blick auf eine moderne Verwaltung, die E-Government-Lösungen anbiete. Erst nach dieser Analyse sei es möglich zu sagen, welches und wie viel Personal gebraucht werde.

Voraussetzung dafür sei ein umfassendes Personalbedarfskonzept. Um den Bedarf festzustellen, gelte es genau zu hinterfragen, welche Aufgaben durch die öffentliche Hand, welche in Kooperation mit Privaten und welche allein durch private Unternehmen erbracht werden können. „Hier müssen wir klug überlegen, wer welche Leistungen erbringt“, fordert der IHK-Hauptgeschäftsführer, anders als der dbb berlin. Auf dieser Basis müsse in einem nächsten Schritt betrachtet werden, wie die Aufgaben erfüllt werden, auch mit Blick auf eine moderne Verwaltung, die E-Government-Lösungen anbiete. Erst nach dieser Analyse sei es möglich zu sagen, welches und wie viel Personal gebraucht werde.

### Personalvorstand angeregt

Besonders interessant aus Sicht des dbb Landesvorsitzenden Frank Becker ist die dritte These Eders:

„Berlin braucht einen Personalvorstand im Senat.“ Denn die Politik trage die Verantwortung für den Personalkörper der Verwaltung. Die Landesverwaltung sei ein sehr großes Unternehmen, für jemanden aus der Wirtschaft ist es daher unverständlich, dass das Personal zwischen der Senatsverwaltung für Finanzen und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport aufgeteilt sei und auch die Senatskanzlei als dritte Stelle hier koordinierend tätig sei. „Personalmanagement aus einem Guss sieht anders aus“. Insbesondere mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung. In der Diskussion wurde deutlich, dass allein im Strafvollzug in den nächsten drei Jahren ein Drittel der Beschäftigten in den Ruhestand gehen werden. Junge neue Mitarbeiter kommen aber nur, wenn der öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werde. „Hier stehen immer mehr die weichen Faktoren im Fokus“, so Eder. Nachwuchskräfte fragen heute auch nach einem Gesundheitsmanagement des Arbeitgebers und stellen die Work-Life-Balance stärker in den Mittelpunkt, wozu auch Telearbeit und das Mitbringen von Kindern zum Arbeitsplatz gehören.

### Schulpartnerschaften zur Nachwuchsgewinnung?

Ein anderer Aspekt ist die Bindung zukünftiger Mitarbeiter. Hier setze die IHK schon in den Schulen an, in Form von sogenannten Schulpartnerschaften ab der achten Klasse. Eine Win-win-Situation. Die Schüler profitieren von angebotenen Praktikums- und Ausbildungsplätzen, die Unternehmen binden so die Arbeitskräfte von morgen an den eigenen Betrieb.

„Strukturell sind sich die IHK Berlin und der dbb beamtenbund und tarifunion berlin in vielen Fragen einig“, betonte der Landesvorsitzende Frank Becker. Unterschiedliche Meinungen gibt es allerdings beim Thema Aufgabenkritik. Insgesamt war der Austausch zwischen Vertretern des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft ein großer Erfolg und für beide Seiten ein Gewinn. So hatte auch Jan Eder Gelegenheit, seine Kenntnisse über die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst durch die Diskussionsbeiträge unter anderem der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Steuerverwaltung, Polizei, allgemeiner Verwaltung, Strafvollzug und aus dem Lehrerbereich zu vertiefen. Der Dialog mit der IHK Berlin soll fortgesetzt werden. ■

**dbb berlin: Jetzt Einfluss auf Senat nehmen**

## SPD-Landesvorsitzender fordert Umdenken in der Personalpolitik

„Die SPD-Spitze muss auf den SPD-geführten Senat verstärkt Einfluss nehmen, um ihre Forderung nach einem Ende des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst durchzusetzen“, kommentiert der Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin), Frank Becker, den Vorstoß des Landesvorsitzenden der SPD Berlin, Jan Stöß, nach einem Umdenken in der Berliner Personalpolitik.

Gegenüber der Berliner Zeitung (Ausgabe vom 8. September 2014) hatte Stöß unter anderem festgestellt: „Die Zahl der Berliner hat in den letzten drei Jahren um 150.000 zugenommen. Berlin wächst, doch die Verwaltung schrumpft – das passt nicht zusammen.“

dbb Landeschef Becker attestierte dem, was sich zurzeit in Sachen Personalplanung und -entwicklung in Berlin abspielt, erneut das Zeug zu einer Provinzposse, wenn die Konsequenzen nicht eher an eine klassische Tragödie erinnern würden. In der Septemerausgabe des „hauptstadt magazin“ hatte Becker dem Berliner Senat bereits vorgeworfen, auf beiden Augen blind zu sein, wenn es um die Personalsituation im Landesdienst gehe, und sich herzlich wenig um die Beschlüsse der eigenen Koalitionsfraktionen zu scheren. Während diese nämlich, wie die aktuellen Aussagen des

SPD-Landeschefs Stöß erneut unterstreichen, längst das Gebot der Stunde erkannt hätten und den ausblutenden Landesdienst mit einem tragfähigen Personalentwicklungskonzept wiederbeleben wollten, habe der Senat mit der Zukunftsfähigkeit seiner Exekutive wenig am Hut, pfeife auf Schadensbegrenzung und halte unverdrossen am Kaputtsparen fest.

### Erkenntnisse umsetzen

„Dass der SPD-Landesvorsitzende die katastrophalen Konsequenzen einer kaputtgeschrumpften Verwaltung erkannt hat und eine aufgabenadäquate personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes in Berlin fordert, begrüßen wir außerordentlich und hoffen, dass diese Erkenntnisse endlich auch im Senat umgesetzt werden“, betonte Becker. ■

## Olympische und Paralympische Spiele in Berlin

### dbb berlin unterstützt Bewerbung

der dbb berlin unterstützt eine Bewerbung Berlins als Austragungsort für die Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahre 2024 oder 2028.

Wegen der wichtigen Rolle des öffentlichen Dienstes bei einer etwaigen Austragung der Spiele in Berlin regte der Berliner dbb Chef Frank Becker in einem entsprechenden Schreiben an den Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel, außerdem eine frühzeitige Einbindung des dbb berlin in die weiteren Planungen an.

Die Unterstützung gesellschaftlicher, politischer und gewerkschaftlicher Vereinigungen spielt für die Olympiabewerbung Berlins ebenso wie die der Bevölkerung eine wichtige Rolle, weil der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) seine Entscheidung über den möglichen Austragungsort – zur Diskussion stehen Berlin und Hamburg – auch von der Unterstützung für dieses weltweit bedeutendste Sportereignis in der jeweiligen Stadt abhängig machen will.

Der Berliner Senat legt großen Wert darauf, dass auch die Wünsche, Ideen und Bedenken der Berliner Bevölkerung in einem künftigen Bewerbungsprozess berücksichtigt werden, um eine möglichst breite Akzeptanz für Olympische und Paralympische Spiele in Berlin zu erreichen. So konnten Berlinerinnen und Berliner frühzeitig Stellungnahmen im Internet abgeben, welche Prioritäten sie bei der Vergabe, Planung und Durchführung der Spiele setzen (Ergebnisse der Befragung unter <https://www.berlin.de/spiele-in-berlin/befragung/formular.148948.php>)

Voraussichtlich am 6. Dezember wird der DOSB entscheiden, mit welcher Stadt und für welches Jahr sich Deutschland für die Olympischen und Paralympischen Spiele beteiligen wird. ■

PHV fordert Umdenken in der Finanzpolitik

## Berliner Schulgebäude in katastrophalem Zustand



Über eine Milliarde Euro fehlen den Berliner Bezirken schätzungsweise für die Renovierung und Instandhaltung der schulischen Gebäude. Seit Jahren wird gespart und auf dringend notwendige Maßnahmen verzichtet. Schlimmer noch – unter dem Druck der Finanzverwaltung haben einige Bezirke sogar trotz erhöhter Bedarfsprognosen Schulgebäude abgegeben, sodass inzwischen in zum Teil erheblichem Umfang Schulraum fehlt. Höchste Zeit, umzudenken!



Bildungsstadträtinnen und Bildungsstadträte der Bezirke kritisieren mittlerweile die fiskalischen Vorgaben, die zwar der Kosten- und Leistungsrechnung der Finanzverwaltung genügen mögen, die realen Bedürfnisse der Schulen aber weitgehend außer Acht lassen. Gerade-

zu exponentiell wächst gleichzeitig die Zahl der Presseberichte über den katastrophalen baulichen Zustand vieler Berliner Schulen und über den Mangel an Schulraum. In schulischen Gremien ist die Problematik ein Dauerbrenner und der PHV Berlin/Brandenburg warnt seit Jahren vor den Konsequenzen des Investitionsstaus bei der notwendigen Instandhaltung der Gebäude.

### Bildungsanspruch darf nicht auf der Strecke bleiben

Um von vornherein nicht missverstanden zu werden: Eine Ausgabenüberprüfung nach Kosten-Leistungs-Gesichtspunkten im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung ist sinnvoll und notwendig. Auf der Strecke bleiben darf dabei aber auf keinen Fall die Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger, im konkreten Fall für Schülerinnen und Schüler, die einen grundgesetzlich gesicherten Anspruch auf schulische Bildung haben. Nicht zu vergessen, dass Bildung einschließlich der schulischen Bildung in der Bundesrepublik zu den wichtigsten Ressourcen zählt.

Ausreichender Schulraum ist eine der elementaren Voraussetzungen dafür, dass der staatliche Bildungsauftrag adäquat erfüllt werden kann, wobei in der wachsenden Bundeshauptstadt Berlin mit steigen-

den Schülerzahlen und damit mit zusätzlichem Bedarf zu rechnen ist. Auch unvorhersehbare Ereignisse, wie Anstieg des Flüchtlingsstromes, Sperrung maroder Schulgebäude, müssen in die Planung einbezogen werden. Die Feuerwehr wird schließlich auch nicht erst bei Ausbruch des Feuers den Löschwagen bestellen!

### Mittelzuweisung auf falscher Basis

Diesen Anforderungen wird die landesweite durchschnittliche Zuweisung von Mitteln für bauliche Unterhaltung und Betrieb des Schulgebäudes auf der Basis ehemaliger und fiktiver Schülerzahlen in keiner Weise gerecht, denn

1. bauliche Unterhaltung und Betriebskosten sind vom Baujahr des Schulgebäudes und der Beschaffenheit des Baues abhängig. So unterscheidet sich zum Beispiel die Wärmedämmung oder das Flächenverhältnis von Unterrichtsräumen und Fluren erheblich. Nicht die Schülerzahl ist also für die Betriebskosten maßgeblich, sondern Bauart und Struktur des Schulgebäudes.
2. Die Wohnorte der Schülerinnen und Schüler (insbesondere der Grundschüler) bestimmen den regionalen Anspruch auf schulische Bildung. Auch für 13- bis 15-jährige Schülerinnen und Schüler, die weiterführende Schulen besuchen, ist ein einstufiger Schulweg nicht angemessen. Das Bildungsangebot kann nicht unter Kostenerwägungen, wie etwa die Produktion von Schrauben, problemlos verlagert werden.
3. Während für die Klassenfrequenzen ein landesweit einheitlicher Ansatz gilt, variiert die Größe der Klassenräume stark. Das Musterraumprogramm sieht zum Beispiel für eine Gymnasialklasse 65 m<sup>2</sup> vor, tatsächlich sind aber 42 bis 45 m<sup>2</sup> keine Seltenheit. Angemessene und vergleichbare Arbeits- und Lernbedingungen haben offenbar kei-

ne politische Priorität. Schülerinnen und Schüler müssen sich teilweise geradezu in Schulräume zwängen.

### Gesetzgebung lässt Ausnahmen zu

Die Rahmengesetzgebung des Bundes schreibt die Kosten- und Leistungsrechnung wohlweislich auch gar nicht zwingend für alle Bereiche vor. Das für Bund und Länder verbindliche Haushaltsgrundsätze-gesetz formuliert vielmehr in § 6 Abs. 3:

„In geeigneten Bereichen soll eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt werden.“

Schule ist wegen der beschriebenen Besonderheiten eindeutig nicht für eine konsequente Anwendung der Kosten- und Leistungsrechnung geeignet. Die Berliner Finanzverwaltung bleibt deshalb aufgefordert, die bauliche Instandhaltung der Schulen und ihre Betriebskosten aus der Kosten- und Leistungsrechnung herauszunehmen und endlich ausreichende Mittel für die Durchführung notwendiger baulicher Maßnahmen bereitzustellen.

*Ferdinand Horbat,  
stellvertretender Landesvorsitzender  
Philologenverband Berlin/Brandenburg*

## Klausurtagung der gkl berlin in Erkner:

# „Es muss sich dringend etwas ändern!“

**Im öffentlichen Dienst sind Veränderungen überfällig. Zu diesem Ergebnis kam der Landesvorstand der gkl berlin bei seiner zweitägigen Klausurtagung am 5. und 6. September 2014 in Erkner. Arbeitsverdichtung, Mehrarbeit infolge Stellenabbaus, hoher altersbedingter Personalabgang und Mehrbelastungen durch hohe Krankenstände sind nach Feststellung der Delegierten die Folgen einer verfehlten Personalpolitik. Der gkl-Landesvorstand erwartet, dass das Land Berlin endlich seine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrnimmt und diesen unhaltbaren Zuständen mit einem Kurswechsel in der Personalpolitik ein Ende setzt. Andernfalls seien nicht nur die Beschäftigten, sondern alle Berlinerinnen und Berliner die Leidtragenden.**

Diskutiert wurden vom Landesvorstand darüber hinaus die geltenden Stellenobergrenzen, die unterdessen auch im politischen Raum angezweifelte Begrenzung des Landespersonals auf 100.000 Vollzeit-äquivalente sowie die Wissenslücke, die durch die bevorstehende Pensionierungswelle entstehen wird. Ein wichtiges Anliegen ist der gkl berlin auch die Förderung von weiblichen Führungskräften, die mit einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familien einhergehen muss.



Sitzung des Landesvorstandes der gkl berlin

### Strategiepapier erarbeitet

Gemeinsam mit dem Gastdozenten Detlef Dames, Vorsitzender der Berliner Steuergewerkschaft (DSTG), diskutierten die Mitgliedern des gkl-Landes-

vorstandes, wie in einer sich schnell veränderten Arbeitswelt Kolleginnen und Kollegen für eine ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit begeistert werden können beziehungsweise wie sich die Gewerkschaft selbst effektiv aufstellen kann. Der Landesvorstand erarbeitete dazu neue Strategiekonzepte, die in den Fachgremien der gkl berlin diskutiert und beschlossen werden sollen. ■

Spitzengespräch DPolG – Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

## Grüne entschuldigen sich für „Bullenäußerung“

Die DPolG Berlin hat in einem Spitzengespräch in der Geschäftsstelle der Grünen klargestellt, dass sprachliche Entgleisungen, wie die „Bullenäußerung“ der Grünen im Kreuzberger Bezirksparlament, unabhängig von der bundesweit unterschiedlichen strafrechtlichen Würdigung in der politischen Auseinandersetzung inakzeptabel sind.

In einem sehr offenen und konstruktiven Gespräch erläuterte die BVV-Vorsteherin Kristine Jaath Hintergründe und entschuldigte sich für die Grünen.

wendig. Das liegt klar im Interesse der Einsatzkräfte und damit in unserem Interesse. Dabei gilt der Grundsatz: REDEN ist Silber, HANDELN ist Gold! ■

Im weiteren Gesprächsverlauf wurde schnell klar, dass miteinander reden wesentlich sinnvoller ist als übereinander zu reden.

Die Landesvorsitzende der Grünen, Bettina Jarasch, zeigte großes Verständnis für die Probleme der Polizei vor Ort und bot an, das Thema Gewalt gegen die Polizei gemeinsam intensiver zu erörtern.

Ebenso zeichnet sich eine Gesprächsebene zur Polizeiarbeit vor Ort und zu Zukunftskonzepten zu den Stichworten Bürgerpolizei und Community-Policing ab.

Der Tarifbeauftragte der DPolG Berlin, Boris Biedermann, sensibilisierte die Grünen zu verschiedenen Tarifthemen und zu Fragen des Abschiebegewahrsams.

Auch die Privatisierungsbemühungen im Sicherheitsbereich und die Standpunkte der Grünen dazu werden wir – wie mit vielen Parteien – gemeinsam betrachten.

Für eine andere gesellschaftliche Stimmung in Kreuzberg, einer Stimmung, die nicht bei jedem kleinsten Polizeieinsatz zu Beschimpfungen oder gar körperliche Verletzungen unserer Kolleginnen und Kollegen führt, müssen neue Wege gefunden werden. Information über polizeiliche Zusammenhänge und Rechtsstaatsprinzipien ist dabei ein wichtiger Baustein für die ganz offenbar krass verrutschte Wahrnehmung und das demokratische Selbstverständnis etlicher Kreuzberger Bürgerinnen und Bürger.

Die Nutzung vorhandener Strukturen wie das Quartiersmanagement und neue Strukturen sind not-

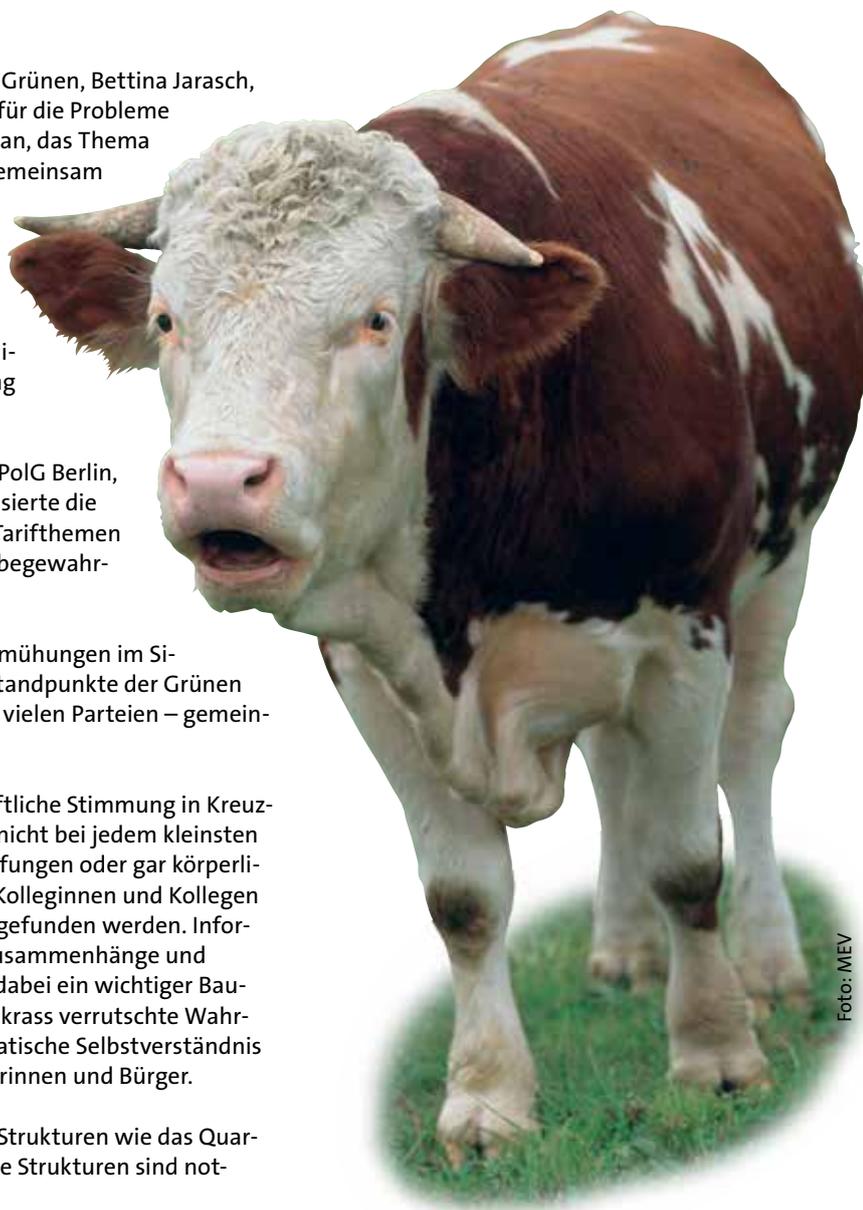


Foto: MEV

## BSBD Berlin kritisiert massiven Stellenabbau im Justizvollzug

Der BSBD Berlin hat die beabsichtigten Personaleinsparungen im Justizvollzug wiederholt als gefährlich und sachfremd kritisiert. Nach derzeitigem Stand setzen die Personalplanungen für den Doppelhaushalt 2016/2017 die Sparvorgabe des Senats aus dem Jahr 2012 komplett um. Danach muss der Justizvollzug 205 „Köpfe“ einsparen. Zusätzliche Personalabgänge entstehen durch Konzepte wie „Shared Service“, wonach die Personalakten der bisher eigenständigen Justizvollzugsanstalten künftig durch das Landesverwaltungsamt bearbeitet werden sollen. Zurück bleibt ein „Rumpf“ in den Vollzugsanstalten, der nur noch die aktuellen Personalvorgänge bearbeiten soll.

Der BSBD Berlin unterstützt daher ausdrücklich die Kritik des dbb berlin, der dem Senat unter anderem vorwirft, die bekannten Personalzahlen und die Entwicklung des demografischen Wandels nicht im Blick zu haben. Bevorstehende Personalabgänge werden nicht rechtzeitig abgedeckt, um ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeitsplatzbezogen ersetzen zu können.

„Wir sind absolut enttäuscht und fassungslos, dass die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz die politischen Signale der Zeit nicht erkennt und auch nicht entsprechend handelt. Wir erwarten zu den bereits geplanten Ausbildungslehrgängen eine zusätzliche Einstellungskampagne von der Senatsverwaltung, um die vorhandene Ausbildungslücke aus 2012/2013 zu schließen und die kommenden Personalabgänge abzufedern zu können. Gleichzeitig müssen die Berufe im Justizvollzug attraktiver ausgestaltet werden. Dazu gehört aus Sicht des BSBD die Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge (wie zum Beispiel derzeit in Nordrhein-Westfalen) und eine höhere finanzielle Angleichung bei den Besoldungsstufen (Einstellung in Erfahrungsstufe II)“, so der Berliner BSBD-Chef Thomas Goiny.

### Privatisierung und Ausgliederung als Allheilmittel?

„Während alle anderen Bundesländer erkannt haben, dass Privatisierung und Ausgliederung weder Einsparungen erbringen, geschweige denn für mehr Effizienz im Justizvollzug sorgen, erfinden wir in Berlin das Rad mal wieder neu und überlegen, welche Bereiche in den Vollzugsanstalten von Fremdfirmen betrieben werden können“, kritisiert Goiny entsprechende Ideen der Justizverwaltung.

Nach Feststellung des BSBD Berlin zahlt der Justizvollzug die Zeche für die personelle Misswirtschaft der letzten Jahre. Ohne sinnvolle Konzepte über



Standortfragen, Personalausstattung, Behandlung und Betreuung der Gefangenen wird seit Jahren sinnloser Personalabbau betrieben. Sogar höherwertige Stellen wurden herabgewertet, um weitere Einsparungen zu erbringen.

### Organisatorische Gleichschaltung

Einer Farce gleichen die zurzeit durchgeführten Organisationsbetrachtungen in den Justizvollzugsanstalten, die die Personaleinsparungen durch eine interne Arbeitsgruppe unter Federführung der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz letztlich untermauern sollen. Die Vorgaben der obersten Dienstbehörde werden dabei ohne Rücksicht auf Bedenken und Besonderheiten der Vollzugsanstalten umgesetzt und die Einrichtungen organisatorisch gleichgeschaltet.

„Behördenzentrismus hat sich in den letzten Jahren im gesamten Landesdienst nicht bewährt und war ausschließlich den Personaleinsparungen geschuldet. In keiner Weise wird er den besonderen Anforderungen der Haftanstalten mit ihren sehr speziellen Klientel gerecht. Wir erwarten ein Konzept, das sicherstellt, dass die Funktionsfähigkeit des Justizvollzugs auch noch im Jahr 2025 in vollem Umfang sicherstellt, und zwar unter Berücksichtigung seiner hoheitlichen Aufgabenstellung“, äußert sich Goiny abschließend. ■

# Das ITDZ Berlin stellt sich den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft

Der Bedeutung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie für die Struktur und Zusammenarbeit in der öffentlichen Verwaltung wächst seit Jahren rapide. Bürger und Wirtschaft erwarten, dass immer mehr Dienstleistungen digital angeboten werden. Zugleich sollen die Abläufe in der Verwaltung effizienter werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden sind in diesem Prozess auf fachkundige Unterstützung angewiesen, für die in Berlin das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) sorgt.

Das ITDZ Berlin unterstützt als zentraler Dienstleister für die Berliner Verwaltung beim Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik und stellt umfassende Dienstleistungen bereit. Mit mehr als 500 Mitarbeitenden ist das Unternehmen ein wichtiger Arbeitgeber des Landes Berlin.

## Vor tief greifender Modernisierung

Die Berliner Verwaltung steht in den kommenden Jahren vor einer tief greifenden Modernisierung. Im Spannungsfeld der Anforderungen der Verwaltungskunden, der demografischen Entrichtungen und des technischen Fortschritts stellt sich das ITDZ Berlin den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft.

Mit seinem „Strategieprogramm 2020“ schafft das ITDZ Berlin den Rahmen für einen kontinuierlichen Entwicklungs- und Veränderungsprozess. Zentrale Zielstellung ist der uneingeschränkte Kundenfokus bei der Entwicklung zum Komplettanbieter für das Land.

Die Angebote des ITDZ Berlin werden auf die spezifischen Anforderungen des Landes Berlin ausgerichtet. Sie leisten einen aktiven Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung und Haushaltskonsolidierung. Das ITDZ Berlin bündelt die Interessen des Landes im Bereich der Informationstechnik und vertritt diese in part-



TOP-Management des ITDZ Berlin. Leiter Zentraler Service (k), Herr Dickmann; Leiter Kunden und Lösungen (k), Herr Ehlert; Leiterin Infrastruktur und Basisdienste, Frau Fiedler; Vorstand des ITDZ Berlin, Herr Kandziora; Leiter E-Government und Fachverfahren (k), Herr Glau; Leiter Service Center Verwaltung, Herr Dr. Göbel (von links)

nerschaftlicher Zusammenarbeit mit Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft.

## Effiziente Unternehmensstruktur

Diese Ziele setzen eine effiziente Unternehmensstruktur voraus. Deshalb wurden in dem Veränderungsprojekt unter großer Beteiligung der Mitarbeitenden umfangreiche Strategie-, Organisations- und Personalkonzepte erarbeitet. Deren Ergebnisse erschließen neue Aufgabenfelder und erweitern das Portfolio um „IT-Verfahrensbetreuung und -entwicklung“.

Das ITDZ Berlin leitet mit einer Neubesetzung der Abteilungsleitungen einen grundlegenden Wandel in der Managementkultur ein. Künftig werden Fach- und Führungsaufgaben stärker getrennt, ein gemeinsames Leitbild repräsentiert Grundwerte und Ziele des Unternehmens. Die Identifikation der Mitarbeitenden mit dem ITDZ Berlin ist dabei ein zentraler Erfolgsfaktor. ■



Komponenten des „Strategieprogramms 2020“ zur erfolgreichen Veränderung

Innensenator bestätigt:

## IT-Sicherheit in Berlin groß geschrieben

Die Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden in der Berliner Verwaltung sowohl bei den dezentralen Systemen der einzelnen Behörden als auch in der vom IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) betriebenen zentralen IT-Infrastruktur bereits vielfältig und wirksam umgesetzt. Das hat Innensenator Frank Henkel dem Berliner Abgeordnetenhaus mitgeteilt, das im April 2014 einen detaillierten Bericht zur IT-Sicherheit in der Berliner Verwaltung angefordert hatte.

Durch die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen, heißt es in dem Bericht des Innensenators weiter, hätten auch die Angriffsversuche aus dem Internet, denen die Berliner Verwaltung wie alle anderen Nutzer des Internets ausgesetzt sei, bisher wirksam abgewehrt und entsprechende Schäden verhindert werden können.

### Fortlaufender Anpassungsprozess

In unterschiedlichen Bereichen besteht allerdings, nach Angaben von Henkel, noch Verbesserungsbedarf, der sich unabhängig von vorhandenen Umsetzungsdefiziten allein schon aus der Tatsache ergibt, dass die Gewährleistung eines sicheren IT-Einsatzes ein fortlaufender Prozess ist, der ständiger Fortschreibung und Anpassung an neue Anforderungen bedarf.

Der vorhandene Verbesserungsbedarf wird in dem jährlich von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport erstellten Bericht zur Informationssicherheit (IS-Bericht) dokumentiert, der den konkreten Umsetzungsstand in den einzelnen Behörden der Berliner Verwaltung aufweist.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat aufgrund der Anfrage des Abgeordnetenhauses vom

April dieses Jahres nochmals alle Senats- und Bezirksverwaltungen auf die immense Bedeutung der Informationssicherheit beziehungsweise der vollständigen Umsetzung notwendiger Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen. Soweit die geforderte IT-Sicherheit noch nicht vollständig realisiert ist, wurden die Behörden aufgefordert, entsprechende Zeit- und Maßnahmenpläne zu erstellen und vorzulegen.

### Behörden immer stärker vernetzt

Hintergrund der Initiative des Abgeordnetenhauses ist die Tatsache, dass die öffentliche Verwaltung des Landes Berlin, wie mittlerweile alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, in immer stärkerem Maße die Möglichkeiten der Informationstechnik für ihre Aufgabenerfüllung nutzt. Die Behörden sind als Teil einer zunehmend vernetzten Welt auf das verlässliche Funktionieren der Informations- und Kommunikationstechnik und auf die Sicherheit der verarbeiteten Informationen angewiesen, weshalb dem Thema Informationssicherheit große Bedeutung zukommt.

Die Zielrichtung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, die Informationssicherheit in den Behörden des Landes Berlin weiter zu stärken, wird deshalb, so Henkel, vom Senat vollständig unterstützt. ■

## Wieder „Exklusiver Abend“

Die BBBank veranstaltet wieder einen ihrer bewährten Exklusiven Abende für den öffentlichen Dienst in Berlin.

Interessenten sollten schon jetzt den Termin Dienstag, 11. November 2014 (Beginn: 19 Uhr, Einlass ab 18.30 Uhr), vormerken beziehungsweise eine kostenfreie Eintrittskarte anfordern: Telefon 0800.406040160 (kostenfrei) oder [www.bbbank.de/exklusiver-abend](http://www.bbbank.de/exklusiver-abend) ■



Eduard Fiege

Bundesweit für Sie da:  
Mit Direktbank und  
wachsendem Filialnetz.

## Für uns: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1)</sup>

### Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)



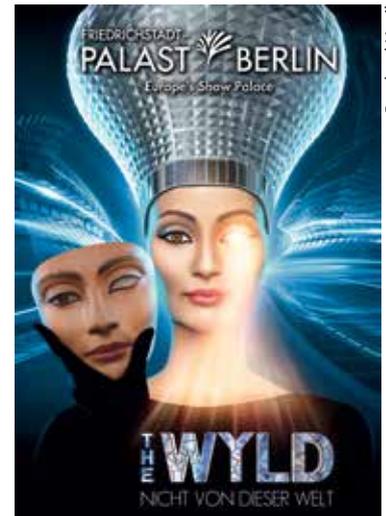
**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

„THE WYLD“:

## Aufwendigste Showproduktion außerhalb von Las Vegas feiert Weltpremiere in Berlin

Mehr als 10 Millionen Euro investiert der Friedrichstadt-Palast in „THE WYLD“. Nicht von dieser Welt, was die neue Grand Show von Berlins meistbesuchter Bühne zur teuersten Showproduktion außerhalb von Las Vegas macht. Am 23. Oktober feiert „THE WYLD“ ihre Welturaufführung im Berliner East End Theaterviertel.



Bernhard Musil

Intendant Berndt Schmidt schnürte aus hauseigenen und Sponsorenmitteln das größte Produktionsbudget in der 95-jährigen Geschichte des Hauses. Bei „THE WYLD“ spürt der Zuschauer den Herzschlag der Großstadt mit all ihren Facetten. Auf der größten Theaterbühne der Welt entsteht eine Megaproduktion, die den modernen Geist von Berlin atmet. Wunderbar und sonderbar zugleich. Futuristisch, aber auch archaisch und skurril.

Der Umbau der riesigen Bühne mit ihrer visuell beeindruckenden Architektur begann unmittelbar nach der Dernière der Erfolgsproduktion „SHOW ME“ am 19. Juli. Für die Anlieferung der einzelnen Bühnenteile für „THE WYLD“ waren 28 Trucks (40 Tonner) mit einer Ladefläche von 13,50 m notwendig. Selbstleuchtende und fahrbare Bühnenportale ermöglichen die Bühne flexibel aufzuteilen und vielfältig zu gestalten. Darunter die sehr innovative, imposante Showtreppe („Magic Stairs“) mit 50 individuell höhenverstellbaren Stufen.



Bernhard Musil

### Atemberaubendes Bühnenbild

Jürgen Schmidt-André konzipiert das futuristische Bühnenbild. Der Berliner mit konzeptionellem Gespür für große Bühnenmomente war mehrmals für den Deutschen Fernsehpreis in der Kategorie „Beste

Ausstattung“ sowie für den Designpreis der Bundesrepublik Deutschland nominiert. Der Pariser Motion-Designer Marc Vidal kreiert die Videoinstallationen. Zusammen mit der kreativen Lichtgestaltung des französischen Designers Alain Lonchamp entsteht aus Bühnenbild, Video und Licht ein visuell atemberaubendes Gesamtkunstwerk.

Manfred Thierry Mugler (Regisseur, Designer, Fotograf und Parfum-Créateur), weltweit bekannt durch das Mode- und Parfumlable „Thierry Mugler“, und Roland Welke, einer der erfolgreichsten europäischen Showmacher, verantworten gemeinsam Buch und Regie. Mugler schuf weltbekannte Parfums wie „Angel“ und „Alien“, war einer der Macher von „Zumanity“, einer Cirque-du-Soleil-Revue, die seit über zehn Jahren in Las Vegas läuft, und künstlerischer Berater von Beyoncé bei ihrer „I am World Tour“. Zuletzt brachte er mit seinen „Mugler Follies“ modernes Cabaret nach Paris. Unterstützung erhält Manfred Thierry Mugler von dem italienischen Modedesigner und Illustrator Stefano Canulli, der bereits 2003 mit Mugler die Kostüme für die Cirque-du-Soleil-Show „Zumanity“ entwarf.

### Ballett arbeitet mit internationalen Spitzenchoreografen

Zehn Choreografen arbeiten mit den 60 Tänzern/-innen der weltweit größten stehenden Showballett-Compagnie. Unter den Choreografen sind internationale Spitzenstars. Brian Friedman etwa choreografiert für Weltstars wie Beyoncé, Mariah Carey, Cher und Britney Spears. Die Choreografien des gebürtigen Israelis Itzik Galili werden von renommierten Compagnien in aller Welt getanzt, etwa beim Stuttgarter Ballett, der Companhia Cisne Negro in São Paulo, den Grands Ballets Canadiens sowie beim Ballett Gulbenkian in Lissabon. Insgesamt 22 Choreografien werden bis zur Perfektion unter den Augen von Ballettdirektorin Alexandra Georgieva einstudiert. ■

## MdB Kai Wegner besucht Bundespolizeiinspektion Tegel

Bei einem Besuch der Bundespolizeidirektion (BPOLI) Berlin-Tegel konnte sich der Generalsekretär der CDU Berlin und Großstadtbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kai Wegner MdB, vor Ort persönlich von den unzulänglichen Arbeitsbedingungen am Flughafen Tegel überzeugen. Wegner, der Gast der DPoIG war, versprach, sich für notwendige Verbesserungsmaßnahmen einzusetzen.

Neben dem Bezirksvorsitzenden der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Berlin/Brandenburg, Harald Schaefer, informierten der Präsident der Bundespolizeidirektion Berlin, Thomas Striethörster, der Leiter der Bundespolizeiinspektion Berlin-Tegel, Horst Lang, und der stellvertretende Leiter der BPOLI, Thomas Mania, den Bundestagsabgeordneten über die problematische Personal- und Unterbringungssituation der Bundespolizei am Flughafen Tegel.

### Investitionsstau in Tegel

Durch den immer noch nicht absehbaren Eröffnungstermin für den Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) ist es auch auf dem Flughafen Tegel zu einem Investitionsstau gekommen. Für die Fluggäste hat es in den letzten Monaten Verbesserungen gegeben, die Diensträume der Mitarbeiter der Bundespolizei hat die Flughafengesellschaft je-

Debeka

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



### Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche ?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

Landesgeschäftsstelle Berlin  
Dominicusstraße 14  
10823 Berlin  
Telefon (030) 7 88 06 - 0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

anders als andere

Debeka

doch nicht berücksichtigt. MdB Wegner bei der Besichtigung der durch die Bundespolizei genutzten unzulänglichen Räumlichkeiten wörtlich: „Bei den hier herrschenden Bedingungen kann man nicht oft genug Danke sagen für die hervorragende Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei am Flughafen Berlin-Tegel“. Den Worten will Wegner Taten folgen lassen und sich für eine verbesserte Ausstattung der Diensträume einsetzen.

Harald Schaefer



Kai Wegner (Mitte) mit den Repräsentanten der Bundespolizei und Harald Schäfer (links)

**Neuer Nachbar des dbb berlin:**

## Verwaltungsakademie eröffnet neuen Standort in der Turmstraße

Am 17. September eröffnete die Verwaltungsakademie mit einem Sommerfest ihren neuen Standort in unmittelbarer Nachbarschaft des dbb berlin. Über 300 Gäste – unter ihnen der Berliner dbb Chef Frank Becker, der für seine Organisation auch dem Vorstand der Verwaltungsakademie angehört – feierten bei strahlendem Sonnenschein im Hof und Garten der Akademie in der Turmstraße 86 und konnten sich bei Führungen durch das Gebäude einen ersten Einblick in die modernen Schulungsräume verschaffen.

Der Direktor der Verwaltungsakademie, Wolfgang Schyrocki, dankte in seiner Begrüßungsrede den beteiligten Bauleuten vor allem für die Einhaltung des Zeitplans, denn „pünktlich und im Kostenrahmen seien seltene Worte in diesen Tagen“. Zur zukünftigen Ausrichtung der Akademie betonte der Direktor, dass die Qualität des Lernens weiterhin im besonderen Fokus der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht.

### Angebote für Berufseinsteiger

Zum Berufseinstieg möchte die VAK aber auch einen Beitrag zur richtigen Einstellung der jungen Kolleginnen und Kollegen gegenüber ihrem Arbeitgeber vermitteln: „Der öffentliche Dienst im Land Berlin ist ein attraktiver Arbeitgeber, der als einer der größten Mischkonzerne Deutschlands berufliche Perspektiven und Abwechslung ermöglicht und gleichzeitig eine konkurrenzlos familienfreundliche Sicherheit bietet. Und das alles in einer national und internati-



Frank Becker (rechts) mit dem Direktor der Verwaltungsakademie, Wolfgang Schyrocki (links)

onal angesagten Metropole, in der Dienstzeit letztendlich bürgerschaftliches Engagement ist.“ Bis in den späten Abend tauschten sich in intensiven Gesprächen Dozentinnen und Dozenten der VAK, die Beschäftigtenvertretungen, Fortbildungsbeauftragte und viele Behördenleiter über das Angebot der Verwaltungsakademie im Herzen der Stadt aus.“ ■

## Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **E-Mail:** post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 11, gültig ab 1. 10. 2013. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: THE WYLD, Nofretete, Foto: Bernhard Musil. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

# Mit den Senioren des PhV B/B an der Panke

Am 26. August gingen Mitglieder des Arbeitskreises Senioren im PhV B/B wieder einmal „auf Tour“, und zwar zu einem Spaziergang an der Panke, verbunden mit einem Besuch der Dependance des Pankower Heimatmuseums in der Heynstraße 8.



PhV-Senioren auf Tour

Der Panke-Wanderweg (ein Fußweg entlang der Panke von Bernau bis zum Berlin-Spandauer-Schiffahrtskanal), der mit einer 5 auf blauem Untergrund markiert ist und im Norden Berlins mit dem Radwanderweg Berlin-Usedom zusammenfällt, bietet neben teils parkähnlicher Ufergestaltung auch eine Reihe interessanter Einblicke in die Stadtgeschichte.

Informationen über die detailliert ausgearbeitete Tour vom S-Bhf. Wollankstraße bis zum S-Bhf. Wedding können Interessenten bei der Geschäftsstelle abrufen: E-Mail: post@dbb-berlin.de ■

## Praxistipp Straßenverkehr:

### Reißverschlussverfahren: Eigentlich einfach



Foto: MEV

Wer kennt die Drängler nicht, die schon 400 Meter vor einer Fahrbahnverengung aufgeregt die Spur wechseln. Der Reißverschluss an ihrer Jacke würde so andauernd den Dienst versagen. Verengt sich eine Fahrbahn von zwei auf einen Fahrstreifen, so müssen sich die Fahrzeuge abwechselnd hintereinander auf der weiterführenden Spur einordnen. Der Einfädelvorgang erfolgt aber erst unmittelbar vor der Verengung, damit eine gute Flächenauslastung erreicht wird und der Stau nicht noch länger wird. Das Fahrzeug auf der wegfallenden Spur muss also bis ganz nach vorn fahren. Vorsicht bei Drängeleien, denn bei Unfällen gibt es meistens eine Teilschuld, weil der „Herindrängler“ seine Sorgfaltspflicht ebenso verletzt, wie derjenige, der keinen hineinlässt. ■